

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	13
B. Die als gesetzliches Zahlungsmittel geltenden Medien	17
I. Unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel: Auf Euro lautende Banknoten	18
1. Unbeschränkter Annahmewang	19
2. Zahlungsmiteleigenschaft von 500-Euro-Banknoten	20
II. Beschränktes gesetzliches Zahlungsmittel: Auf Euro lautende Münzen	21
1. Euro-Umlaufmünzen	22
a) 1- und 2-Cent-Münzen und nationale Rundungsregeln	23
b) Euro-Gedenkmünzen	24
c) Stückzahlmäßige Beschränkung der Annahmepflicht	26
2. Euro-Sammlermünzen	26
a) Ausgaberecht der Euro-Mitgliedstaaten	27
b) Wertmäßige Beschränkung der Annahmepflicht	29
III. Historische Entwicklung seit der Reichsgründung	31
1. Mark (1871–1923)	32
a) Erhebung von Banknoten zum gesetzlichen Zahlungsmittel	34
b) Erhebung von Reichskassenscheinen zum gesetzlichen Zahlungsmittel	36
c) Einführung von Darlehenskassenscheinen	37
2. Rentenmark (1923–1924)	37
3. Reichsmark (1924–1948)	39
a) Ende der Privatbanknoten	39
b) Steuergutscheine als gesetzliches Zahlungsmittel	40
c) Abkehr von gesetzlichen Zahlungsmitteln aus Gold	42
4. Alliierte Militär-Marknoten (1944–1948)	42
5. Deutsche Mark (1948–2001)	43
6. Euro und digitale gesetzliche Zahlungsmittel (1999–heute)	44

C. Gesetzliche Zahlungsmittel und Geld: Eine begriffliche Abgrenzung	47
I. Verhältnis zum juristischen Geldbegriff	48
1. Die Relativität des juristischen Geldbegriffes	48
2. Funktionale Begriffsbestimmung	51
a) Rolle der Geldfunktionen	51
aa) Wertaufbewahrungsfunktion	52
bb) Recheneinheitfunktion	53
b) Normative Bindung der Rechtspraxis	53
c) Beispiele aus der Rechtsprechung	55
aa) „Geld“ i.S. des § 146 Abs. 1 StGB	55
bb) „Geld“ i.S. des § 8 Abs. 1 EStG	56
cc) „Geld“ i.S. des § 935 Abs. 2 BGB	57
(1) Erinstanz LG Magdeburg	57
(2) Berufungsinstanz OLG Naumburg	58
(3) Revisionsinstanz BGH	58
dd) „Gesetzliche Zahlungsmittel“ i.S. des Art. 135 Abs. 1 der MwStSysRL	59
II. Verhältnis zum Begriff des gesetzlich zugelassenen Zahlungsmittels	61
1. Reichweite des Begriffs	61
2. Historische Beispiele von gesetzlich zugelassenen Zahlungsmitteln	62
III. Gesetzliche Zahlungsmittel als Leistungsgegenstand einer Geldschuld	63
1. Die Geldschuld als Wertverschaffungsschuld	64
a) Verschaffung von Vermögensmacht	64
b) Unbegrenztheit der leistungsgegenständlichen Medien	65
2. Abgrenzung zur Sachschuld	66
D. Rechtswirkungen des währungsrechtlichen Annahmewangs	68
I. Deutsches und europäisches Rechtsfolgenverständnis	68
1. Rechtsmethodische Herleitung	71
2. Der Begriff „Annahmewang“	71
II. Qualität der zu leistenden Medien	73
1. Auf Parteivereinbarung beruhende Geldschulden	73
a) Gesetzliche Auslegungsregel	75
b) Schranke der Vertragsgestaltungsfreiheit	78

2. Auf Gesetz beruhende Geldschulden	80
III. Quantität der zu leistenden Medien	82
IV. Ausgewählte Fragestellungen	83
1. Annahme von Banknoten mit einem hohen Nominalwert	84
2. Vorhalten von Wechselgeld	85
a) Grenzen der Verkehrsüblichkeit	86
b) Bestimmungen in materiellen Gesetzen und AGB	87
3. Annahme von Ein- und Zwei-Cent-Münzen in größerer Stückzahl	88
4. Annahme von beschädigten Geldzeichen	91
a) Verlust der Zahlungsmittleigenschaft von Münzen	91
b) Verlust der Zahlungsmittleigenschaft von Banknoten	92
aa) Ersatzpflicht für beschädigte Banknoten	93
bb) Grenzen der Gültigkeit	93
c) Nutzungsübliche Verschleißerscheinungen	94
5. Entgelte und Ermäßigungen für Zahlungen mit Bargeld	95
a) Ermäßigungen für Barzahlungen	96
b) Entgelte für Barzahlungen	96
6. Verpflichtende Annahme von unbaren Zahlungsmitteln	97
a) Aufgrund einer ergänzenden Vertragsauslegung	99
b) Aufgrund eines Rechtssetzungsakts der Exekutive	100
E. Fazit und Ausblick	102
Literaturverzeichnis	103